



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5433 Romano

La Svizzera concederà assistenza amministrativa internazionale per il recupero dei crediti d'imposta esteri?

Sembra che organismi OCSE vogliano emettere Raccomandazioni o Soft Law in materia di assistenza amministrativa internazionale per il recupero dei crediti d'imposta esteri.

- A che punto sono questi lavori?

- Come intende il Consiglio federale opporsi a tale evoluzione della Soft Law internazionale?

- Il Consiglio federale intende ritirare la riserva della Svizzera agli art. 11-16 della Convenzione sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale?

- Il Parlamento è stato consultato?

Antwort

Nach geltendem Schweizer Recht können ausländische Steuerforderungen in der Schweiz grundsätzlich nicht vollstreckt werden.

Im Musterabkommen der OECD ist die Vollstreckungshilfe seit dem Jahr 2003 in Artikel 27 geregelt. Es handelt sich dabei jedoch um eine "optionale Bestimmung" und nicht um einen verbindlichen internationalen Standard. Somit war es bis jetzt nicht notwendig einen Vorbehalt gegenüber Artikel 27 OECD-Musterabkommen anzubringen.

Es kann natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass sich in Zukunft die Haltung der OECD zu diesem Thema ändern könnte. Die Schweiz verfolgt daher die internationalen Entwicklungen in diesem Bereich sehr genau. Es laufen dazu auch interne Arbeiten. Eine Rücknahme des Vorbehalts zu Art. 11-16 des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen ist zurzeit sicher nicht vorgesehen.

Da die Vereinbarung der umfassenden steuerlichen Vollstreckungshilfe eine wesentliche Änderung der Schweizer Abkommenspolitik bedeuten würde, konsultiert der Bundesrat gegenwärtig die parlamentarischen Kommissionen.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5470 Meyer Mattea Wechsel in die ordentliche Besteuerung

Unabhängig von der Steuervorlage 17 können bisher privilegiert besteuerte Unternehmen freiwillig auf bestehende Privilegien verzichten und in die ordentliche Besteuerung wechseln. Wie viele der rund 24000 privilegiert besteuerten Unternehmen haben per heute in die ordentliche Besteuerung gewechselt?

Antwort

Die ESTV erhält steuerstatistische Informationen dieser Art mit einer Verzögerung von etwa 3 Jahren. Der Grund dafür ist, dass die Steuererklärungen der Unternehmen für eine Steuerperiode jeweils erst im Folgejahr eingereicht werden und anschliessend das ordentliche Veranlagungsverfahren bis zur Rechtskraft der Steuerbefreiung durchgeführt wird. Konkrete Zahlen bspw. für das Jahr 2017 werden deshalb nicht vor 2020/2021 vorliegen.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5488 Sommaruga Carlo

Valeur locative: un projet de suppression de la valeur locative avec une perte fiscale de 1.3 milliards de francs?

La CER du Conseil des Etats a approuvé récemment le cadre d'une suppression de la valeur locative. Celle-ci doit cependant s'inscrire dans le cadre d'une neutralité fiscale et d'une égalité de traitement envers les locataires. Or, selon une étude Wuest & Partner, le modèle choisi ferait économiser 1,3 Mia frs aux propriétaires occupant leur logement. Une redistribution crassement injuste.

Le DFF peut-il communiquer ses propres estimations de l'impact sur l'IFD et l'ICC du projet actuel?

Antwort

Im August 2018 hat die WAK-S im Rahmen ihrer parlamentarischen Initiative 17.400 „Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung“ die Verwaltung beauftragt, zusammen mit dem Kommissionssekretariat eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage mit konkreten Eckwerten auszuarbeiten. Darin wird auch das Thema der finanziellen Auswirkungen für Bund, Kantone und Gemeinden abgehandelt werden.

In seiner Antwort auf die Interpellation 17.3517 „Steuerliche Konsequenzen bei einem vollständigen Systemwechsel beim Eigenmietwert“ von Nationalrat Thomas Hardegger hielt der Bundesrat Folgendes fest: Ein reiner oder vollständiger Systemwechsel ohne jegliche Abzüge hätte bei der direkten Bundessteuer jährliche Mindereinnahmen von etwa 400 Millionen Franken zur Folge, dies bei einem Zinsniveau für Hypotheken von rund 2 Prozent. Bei dieser Berechnung wird von der Annahme ausgegangen, dass die privaten Schuldzinsen im Umfang der steuerbaren Vermögenserträge abzugsfähig sind. Sollte hierfür eine andere Regelung gewählt werden, müsste die Schätzung angepasst werden.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5428 Dettling

WTO-rechtliche Konsequenzen der Aufhebung der früheren Zollbegünstigung beim Würzfleischimport

1. Nachdem das Parlament der parlamentarischen Initiative 10.426 und der entsprechenden Änderung des Zollgesetzes am 2. Semester 2015 zugestimmt hat, möchte ich vom Bundesrat wissen, ob sich seine Befürchtungen WTO-rechtlicher Natur in der Zwischenzeit bewahrheitet haben. Falls ja, von wem konkret wurde Klage eingereicht?

2. Falls ja, welche Konsequenzen sind daraus resultiert bzw. worin bestehen die konkreten Ergebnisse der Verhandlungen mit der Klägerseite?

Antwort

Zu 1) Der Bundesrat hat die vom Parlament beschlossene Umtarifierung von gewürztem Fleisch per 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt. Am 7. Juni 2017 traktandierte die Europäische Union diese Massnahme im Agrarausschuss der WTO und stellte die Rechtmässigkeit der Massnahme in Frage. Andere WTO-Mitglieder unterstützten den Vorstoss.

Zu 2) Der Bundesrat hat nach Konsultation und mit Einverständnis der betroffenen Branche am 10. Januar 2018 ein Verhandlungsmandat verabschiedet, welches erlaubt, die schweizerischen Verpflichtungen bei der WTO gemäss dem vom Parlament beschlossenen erhöhten Grenzschatz für gewürztes Fleisch anzupassen. Das Mandat hat zum Ziel, eine Auseinandersetzung vor dem Streitschlichtungsgremium der WTO zu verhindern und Schaden von der Schweizer Wirtschaft abzuwenden. Die konsultierten aussenpolitischen Kommissionen beider Räte sowie die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates haben diesem Mandat einstimmig zugestimmt, während die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates auf eine Konsultation verzichtete. Nach Abschluss der derzeit noch laufenden Verhandlungen wird der Bundesrat die revidierten WTO-Verpflichtungen dem Parlament zur Genehmigung vorlegen.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5430 Molina

Was beinhaltet die wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und China konkret?

Soeben ist Bundesrat Schneider-Ammann von einer Wirtschafts- und Wissenschaftsmission nach China zurückgekehrt. Gemäss Medienberichten konnte sich der Bundesrat mit dem chinesischen Wissenschaftsminister auf eine weitere Verstärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit einigen. In welchen konkreten Bereichen hat der Bundesrat eine verstärkte Kooperation mit dem chinesischen Wissenschaftsminister vereinbart? Beinhaltet diese auch medizinische Bereiche? Wenn ja, welche konkret?

Antwort

Die Schweiz und China haben 1989 ein Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet. Ab 2004 haben beide Regierungen gemeinsame Pilotprojekte im Forschungsbereich unterstützt. Seit 2008 findet ein regelmässiger Dialog im Bereich der Wissenschaft statt und das *Sino-Swiss Science and Technology Cooperation Program* wurde in Zusammenarbeit mit dem chinesischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie lanciert. Auf Schweizer Seite hat das SBFI die ETH Zürich beauftragt, Kooperationsinstrumente zu entwickeln, um beispielsweise die Mobilität von Doktoranden, die Organisation von Konferenzen oder die Schaffung von Forschungsnetzwerken zu erleichtern. Für gemeinsame Projektausschreibungen ist der Schweizerische Nationalfonds (SNF) zuständig. Seit 2008 wurden ca. 300 Zusammenarbeitsprojekte unterstützt. Einige Instrumente stehen allen Fachrichtungen offen, andere haben vorgegebene Themen, die entsprechend den Prioritäten und Interessen der beiden Wissenschaftsgemeinschaften festgelegt werden. Die Themen der letzten gemeinsamen Projektausschreibungen des SNF waren «Materialwissenschaften» und «Umweltingenieurwissenschaften». In der Vergangenheit fanden Konferenzen zur translationalen Medizin statt. Beim Treffen in Peking wurde Minister Wang zu einem Besuch in die Schweiz eingeladen. Er hat die Einladung angenommen. Bei dieser Gelegenheit sollen allfällige neue Kooperationsinstrumente oder gemeinsame Forschungsthemen diskutiert werden.

Die Auslandmissionen ermöglichen zudem den Mitgliedern der Delegation, direkte Kontakte mit ihren Partnern vor Ort zu pflegen, was bei dieser Mission zum Beispiel für die Universität Zürich und die Universität Jiaotong in Shanghai der Fall war.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5431 Vogler

Will der Bundesrat die Waffenausfuhr gegen die Mehrheit der Bevölkerung weiter lockern?

Nach 2014 will der Bundesrat die Waffenausfuhr erneut lockern. Alle aktuellen Umfragen und die meisten Kommentare sprechen eine deutlich andere Sprache: Die Mehrheit der Bevölkerung will keine weitere Lockerung. Eine angekündigte Volksinitiative verlangt eine Verschärfung der Waffenausfuhr.

Ist der Bundesrat bei dieser Sachlage bereit, von einer weiteren Lockerung abzusehen?

Ist er nicht auch der Meinung, dass ein Festhalten an einer Lockerung zu einer Verschärfung der Ausfuhr führen kann?

Antwort

Der Bundesrat behandelt Fragen der Ausfuhr von Kriegsmaterial mit höchster Sorgfalt und hat Verständnis dafür, dass das Thema in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird. Der Bundesrat begrüsst, aufgrund der vorliegenden Frage wesentliche Punkte klarstellen zu können.

Der Bundesrat hält die angestrebte Anpassung der Kriegsmaterialverordnung insbesondere aus sicherheitspolitischen Überlegungen grundsätzlich für richtig und notwendig. Mit der Einreichung der Motion 18.3394 Fraktion BD wird jedoch die grundsätzliche Frage der Zuständigkeit für die Anpassung der Regeln für Kriegsmaterialexporte gestellt. Das Parlament hat anlässlich der Beratung der Botschaft des Bundesrates vom 15. Februar 1995 für eine Totalrevision des Kriegsmaterialgesetzes diese Zuständigkeit explizit dem Bundesrat übertragen. Gibt das Parlament der Motion 18.3394 Folge, würde eine Anpassung der bestehenden Regelung neu in der Zuständigkeit des Parlaments liegen. Aus institutionellem Respekt ist der Bundesrat daher bereit, den Entscheid des Parlaments zur Motion 18.3394 abzuwarten, bevor er über die Anpassung der Kriegsmaterialverordnung befindet.

Gemäss Kriegsmaterialgesetz soll mit der Kontrolle des Transfers von Kriegsmaterial die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz und die Wahrung ihrer aussenpolitischen Grundsätze sichergestellt werden. Gleichzeitig soll im Interesse der Landesverteidigung eine eigene Industrie aufrechterhalten werden. Vor diesem Hintergrund hat sich der Bundesrat für eine Anpassung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) entschieden. Dies erfolgte auch auf Initiative der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats und auf der Grundlage einer Analyse der Situation der Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie.

Mit der geplanten Verordnungsrevision soll das Ausschlusskriterium für Länder mit internem bewaffnetem Konflikt durch eine Ausnahmeregelung ergänzt werden. Sie soll in Einzelfällen erlauben, eine Differenzierung nach Waffenart und Endempfänger vorzunehmen. Damit wird es möglich, die Ausfuhr von Kampfflugzeugen bzw. von Teilen davon für den Luftpolizeidienst oder eines stationären Flugabwehrsystems zum Schutz kritischer Infrastruktur anders zu behandeln, als etwa die Ausfuhr von Kampfpanzern bzw. von Teilen dazu oder von Sturmgewehren. Dessen ungeachtet käme eine Bewilligung nur dann in Frage, wenn auch alle übrigen Bewilligungsvoraussetzungen gemäss KMV und KMG erfüllt wären. Die Einhaltung der Bestimmungen wird durch das SECO im Einvernehmen mit dem EDA sowie je nach Bedarf mit weiteren Bundesstellen gewährleistet. Ausfuhren nach Ländern wie Jemen oder Syrien werden auch mit der neuen Ausnahmebestimmung weiterhin nicht möglich sein.

Auch mit der geplanten Regelung wird die Schweiz Ausfuhren von Kriegsmaterial strenger handhaben, als es der *Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union (2008/944/GASP des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern)* vorgibt.

Die zuständigen Sicherheitspolitischen Kommissionen wurden durch das WBF im August konsultiert.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5436 Regazzi

Nuova Segretaria di Stato per la formazione: come si concilia questa nomina con la promozione del plurilinguismo?

La nuova Segretaria di Stato che si dovrà occupare anche di formazione ha ammesso di non padroneggiare una 2. lingua nazionale. Chiedo:

- come concilia la sua nomina con le basi legali che prevedono per i quadri dell'amministrazione federale conoscenze attive nella seconda lingua nazionale, e passive per la terza?
- ci sono stati casi di nomine di alti funzionari romandi o italofoeni che non parlano il tedesco?
- non ritiene che questa scelta sia in contrasto con la promozione del plurilinguismo?

Risposta

Secondo l'articolo 8 dell'ordinanza sulle lingue (OLing; RS 441.11), i quadri superiori e i quadri di livello medio con funzioni dirigenziali possiedono buone conoscenze attive in almeno una seconda lingua ufficiale e conoscenze passive in una terza lingua ufficiale. Se al momento dell'assunzione un quadro dirigente non possiede le conoscenze linguistiche richieste, il datore di lavoro è tenuto ad adottare entro un anno le misure necessarie per migliorarle.

La signora Hirayama è di madrelingua tedesca, padroneggia il francese a livello scritto e orale (tant'è che ha completato parte dei suoi studi universitari a Friburgo) e dispone di conoscenze passive dell'italiano. Martina Hirayama intende inoltre sfruttare il periodo prima di entrare in carica per rinfrescare le sue conoscenze attive del francese.

Se in una lingua ufficiale – ossia in tedesco, francese e italiano – ci fosse la necessità di intervenire sulle competenze linguistiche di un collaboratore o di una collaboratrice con funzioni dirigenziali, il datore di lavoro adotterebbe le misure necessarie per migliorare tali competenze a prescindere dalla lingua interessata, in conformità con quanto previsto dall'ordinanza sulle lingue.

È molto importante per il DEFR che i suoi collaboratori e quadri dirigenti sappiano esprimersi adeguatamente in diverse lingue ufficiali, aspetto di cui il Dipartimento terrà senz'altro conto anche in futuro.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5442 Guhl

Schweiz liefert Waffen an die Türkei, die Türkei liefert Waffen an syrische Rebellen: Wo sind diese Waffen jetzt.

Die Schweiz hat Faustfeuerwaffen weitere Waffen an die Türkei geliefert. Die Türkei hat ihrerseits Faustfeuerwaffen und weitere Waffen syrischen Rebellen zur Verfügung gestellt. Welche Menge kleine Waffen und leichte Waffen hat die Schweiz in den letzten 20 Jahren in die Türkei exportiert (Stückzahlen)? Wann wurde der Verbleib dieser Waffen zuletzt wie überprüft? Kann der Bundesrat gänzlich ausschliessen, dass Teile dieser Waffen nach Syrien gelangt sind?

Antwort

Ausfuhren in die Türkei sind grundsätzlich nicht mehr bewilligungsfähig.

Ausnahmsweise bewilligt wurden in den letzten Jahren nur noch die folgenden

Ausfuhren:

- Ersatzteillieferungen für Flugabwehrsysteme gestützt auf Art. 23 Kriegsmaterialgesetz (KMG); und
- Einzelne Pistolen zu privaten oder sportlichen Zwecken für in die Türkei zurückkehrende Diplomaten gestützt auf Art. 5 Abs. 3 Kriegsmaterialverordnung.

Die vom SECO aufbereiteten Daten über die Stückzahl der zur Ausfuhr bewilligten Kleinwaffen und leichten Waffen bestehen seit 2006. Seither wurde die Ausfuhr von 444 Kleinwaffen, aber keine leichten Waffen in die Türkei bewilligt.

Kontrollen von exportiertem Kriegsmaterial vor Ort (sog. *Post-shipment Verifications*, PSV) existieren seit 2012. Früher ausgeführtes Kriegsmaterial kann nicht überprüft werden. Die Kontrollen werden bei staatlichen Endempfängern durchgeführt. Der Verbleib von einzelnen Pistolen bei Privatpersonen ist nicht Gegenstand einer PSV. In der Türkei wurde 2013 eine von der Schweiz vordefinierte Stichprobe von Kleinwaffen überprüft. Alle verlangten Waffen konnten anhand der Seriennummer geprüft und identifiziert werden.

Das Risiko der Weitergabe der gelieferten Pistolen nach Syrien ist sehr klein. Sie kann aber selbstverständlich nie völlig ausgeschlossen werden.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5446 Feri Yvonne Arbeitslosenzahlen nach ILO-Statistik ausweisen

Die Arbeitslosenzahlen des SECO enthalten jene arbeitslosen Personen, die Ende des Monats bei einem RAV gemeldet sind (=RAV-Statistik). Das BFS erhebt einmal im Quartal die Erwerbslosigkeit gem. den Vorgaben der ILO. Als erwerbslos gilt, wer nicht erwerbstätig ist, aktiv auf Stellensuche und sofort verfügbar ist. Die Bevölkerung orientiert sich an den SECO-Zahlen. Wann gedenkt der BR, nur noch eine Statistik, welche die ILO-Kriterien erfüllt, als Arbeitslosenzahlen zu melden? Dies wäre die BFS-Statistik?

Antwort

Die Arbeitslosenstatistik des SECO und die Erwerbslosenstatistik des BFS zeigen sich ergänzende Aspekte der Erwerbslosigkeit und erfüllen verschiedene Funktionen auf der Basis unterschiedlicher Rechtsgrundlagen.

Die monatlich publizierten Arbeitslosenzahlen des SECO eignen sich für die frühzeitige Konjunktur- und die regionale Arbeitsmarktbeobachtung. Zudem sind detaillierte Auswertungen zum Beispiel nach Branchen, Berufen oder Gemeinden möglich. Beispielsweise ist auch die Darstellung der Arbeitslosenquoten nach Berufsarten, welche für die Umsetzung der Stellenmeldepflicht relevant sind, nur mit der Arbeitslosenstatistik des SECO möglich.

Die Erwerbslosenstatistik des BFS gemäss ILO ist umfassender definiert, da sie auch die Erwerbslosigkeit ausserhalb der Arbeitslosenversicherung abbildet. Sie eignet sich besonders für internationale Vergleiche, da sie nach international harmonisierten Standards erhoben wird. Da die Erwerbslosenzahlen aufgrund einer Stichprobe ermittelt werden, sind aber detaillierte Auswertungen nach bestimmten Merkmalen nur eingeschränkt möglich.

Beide Statistiken ergänzen sich in ihrer Aussage und ergeben gemeinsam ein umfassendes Bild der Arbeitsmarktsituation in der Schweiz. Würde der Bundesrat in Zukunft, wie vorgeschlagen, nur noch die Erwerbslosenzahlen nach BFS melden, gingen wichtige und detaillierte Informationen zu den spezifischen Entwicklungen in den Kantonen, namentlich nach Branchen, Berufen, Nationalitäten, Altersgruppen und Geschlecht, verloren.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5451 Fehlmann Rielle : Assouplissement de la vente d'armes à l'étranger : quelles garanties ?

Le Conseil fédéral a récemment décidé d'assouplir les critères de vente d'armes à l'étranger. Il y a néanmoins une condition, à savoir que ces armes ne doivent pas servir lors d'affrontements internes au sein d'un pays concerné. Comment le Conseil fédéral pense-t-il contrôler le respect de cette clause et comment compte-t-il procéder ?

Réponse

Le 15 juin 2018, le Conseil fédéral a pris une décision de principe d'adapter ponctuellement l'ordonnance sur le matériel de guerre (OMG), et la question du contrôle a été abordée lors de cette séance. Une analyse des risques dans le cadre de l'examen des demandes d'exportations ainsi que la déclaration de non-réexportation que le destinataire final doit signer (End-User Certification, EUC) et l'inspection effectuée sur place (Postshipment Verification, PSV) sont de bons instruments, qui permettent de minimiser le risque d'une utilisation non souhaitée.

Dans le cadre des travaux préparatoires visant l'adaptation concrète de l'OMG, le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR), en collaboration avec les offices du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS), élabore dans ce sens les explications détaillées sur l'application des nouvelles dispositions légales, qu'il est prévu de publier.

Dans le cadre d'un examen, il conviendra de s'assurer autant que faire se peut que le matériel de guerre provenant de Suisse ne sera pas utilisé dans un conflit armé interne. Le SECO, les services compétents du DFAE, les ambassades dans les pays concernés et éventuellement d'autres services comme le Service de renseignement de la Confédération (SRC) sont associés à cet examen.

Le SECO se prononcera toujours au cas par cas sur les demandes d'exportation, en accord avec les services compétents du DFAE.

Lors de l'évaluation des demandes d'exportation, le type de matériel de guerre concerné joue un rôle déterminant. Ainsi, l'exportation d'avions ou de leurs composants destinés à un service de police aérienne, ou celle d'un système stationnaire de défense antiaérienne visant à protéger des infrastructures critiques doit, en principe, être traitée différemment de celle de chars de combat ou de fusils d'assaut. En tout état de cause, l'exportation doit toujours remplir les neuf critères de l'art. 5 OMG et respecter les conditions d'autorisation prévues par la loi fédérale sur le matériel de guerre.

Ainsi, pour pouvoir exclure d'emblée une utilisation dans un conflit, l'examen des risques demeurerait l'élément-clé. Grâce aux mesures de contrôle évoquées en préambule, le risque résiduel serait réduit au minimum et serait raisonnable.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5452 Fehlmann Rielle

Assouplissement de la vente d'armes à l'étranger : cas de la Turquie

Le Conseil fédéral a récemment décidé d'assouplir les critères de vente d'armes à l'étranger. Mais la Suisse donne comme condition que ces armes ne doivent pas être utilisées dans le cadre d'un conflit interne. Cela veut-il dire que la Suisse va renoncer à livrer des armes à la Turquie étant donné le risque élevé qu'elles soient utilisées dans le conflit qui l'oppose aux opposants kurdes ?

Réponse

S'agissant de la Turquie, seule l'exportation de pièces de rechange destinées à des systèmes de défense antiaérienne en vertu de l'art. 23 de la loi fédérale sur le matériel de guerre (LFMG) et celle, conformément à l'art. 5, al. 3, de l'ordonnance sur le matériel de guerre (OMG), de certaines armes de poing destinées à des diplomates retournant en Turquie sont encore autorisées aujourd'hui.

L'autorisation est refusée pour toutes les autres demandes d'exportation vers la Turquie en raison de la situation régionale et de la situation qui prévaut à l'intérieur de ce pays (art. 5, al. 1, let. a et b, OMG). L'implication dans un conflit armé interne, le risque que le matériel de guerre à exporter soit utilisé contre la population civile et le risque de transmission à un destinataire final non souhaité constituent d'autres motifs de refus obligatoire (art. 5, al. 2, let. a, d et e, OMG).

Même avec le régime d'exception prévu par le Conseil fédéral pour les pays impliqués dans un conflit armé interne, les conditions actuelles ne permettraient pas d'autoriser l'exportation de matériel de guerre supplémentaire vers la Turquie, étant donné que d'autres motifs de refus obligatoire peuvent être invoqués. La prise en considération, en vertu de l'OMG, de la sécurité internationale, de la stabilité régionale et de la situation à l'intérieur du pays de destination entraînerait le refus de l'octroi d'une autorisation.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5474 Sommaruga Carlo

Kazakhstan: Le CF Schneider Ammann a-t-il mis les droits de l'homme à l'agenda de sa récente visite ?

Début juillet 2018, le CF Schneider Ammann a réalisé une visite officielle au Kazakhstan accompagné d'une délégation économique avec pour objectif la promotion économique suisse. Pendant ce temps, les autorités kazakhs continuaient à violer les droits humains dans l'ensemble du pays.

Le Conseiller fédéral a-t-il mis explicitement à l'ordre du jour de cette visite la question du respect des droits humains comme un des points essentiels et de même niveau que la promotion économique ?

Réponse

La mission de début juillet, était une mission économique avec délégation du secteur privé. Elle a eu lieu dans le cadre du renforcement des relations avec les pays d'Asie centrale qui sont membres du même groupe de vote que la Suisse ainsi que dans le contexte de l'initiative « One Belt, One Road ».

Comme le mentionne la réponse à la *question 18.5391 Sommaruga* du 11 juin 2018, les rencontres prévues lors de la visite officielle au Kazakhstan étaient principalement d'ordre économique. Lors des rencontres bilatérales, les représentants du gouvernement s'engagent en faveur de l'amélioration et du respect des droits de l'homme. Les défis du pays en matière de gouvernance et de droits de l'homme ont par conséquent été abordés lors des entretiens de manière ciblée et dans un esprit de dialogue.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5479 Derder

Stratégie Suisse numérique : comment associer les cantons qui ne veulent pas de l'AAL (Active and Assisted Living) et comment convaincre le Canton de Vaud que le numérique peut être utile ?

La Conseil fédéral a présenté le 5 septembre une mise à jour de sa stratégie numérique. Le plan d'action prévoit de soutenir le programme AAL développant des solutions techniques pour les personnes âgées. Or, le médecin cantonal vaudois a récemment affirmé qu'il s'y oppose, qu'il est « réticent lorsqu'il s'agit de nouveautés technologiques » et que le « numérique n'amène rien ». Comment le CF compte-il faire ? Prévoit-il de tenter de convaincre le Canton de Vaud que le numérique peut être utile ?

Réponse

Le vieillissement croissant de la société est une réalité de l'évolution démographique. Ce phénomène nous posera d'énormes défis et engendrera des coûts tout aussi importants. Le programme européen Active and Assisted Living Programme (AAL) a pour but de développer des solutions innovantes et commercialisables permettant aux personnes âgées de maintenir leur niveau de vie et de rester indépendantes dans leur propre logement le plus longtemps possible. Cette recherche de solutions inclut aussi l'application de nouvelles technologies, notamment numériques. Le Conseil fédéral est convaincu que les nouvelles technologies présentent un grand potentiel à cet effet.

La Confédération offre aux acteurs concernés de tous les cantons la possibilité de participer aux programmes AAL, qui sont attribués selon des procédures ouvertes, bien établies. Le véritable enjeu de la maîtrise des défis liés au vieillissement démographique n'est cependant pas de participer aux programmes AAL, mais de bénéficier du développement de produits commercialisables. Dès qu'ils sont disponibles, ces derniers peuvent être mis rapidement au service des utilisateurs finaux. Les applications pour tablettes, qui permettent de retrouver des objets perdus, donnent des conseils nutritionnels ou rappellent la prise de médicaments, ou

encore les applications destinées à faciliter les interactions sociales, en sont de bons exemples. C'est en définitive la demande du marché et le succès commercial qui détermineront la pertinence de tels produits et services. Il n'appartient pas au Conseil fédéral de prescrire aux cantons sous quelle forme ils sont censés encourager les applications résultant du programme AAL.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5484 Roduit **Examens suisses de maturité gymnasiale**

Actuellement les étudiants(es) qui s'inscrivent à l'examen suisse de maturité gymnasiale doivent payer une taxe d'examen. Ce n'est pas le cas pour celles et ceux qui se présentent à l'examen suisse de maturité professionnelle. Quelles sont les raisons qui expliquent cette différence et y a-t-il lieu d'envisager une harmonisation ?

Réponse

L'art. 22 de la loi fédérale du 13 décembre 2002 sur la formation professionnelle (RS 412.10) stipule que l'enseignement obligatoire dans les écoles professionnelles est gratuit. L'art. 25 précise en outre que la Confédération peut soutenir des prestataires privés afin de garantir la gratuité de l'enseignement jusqu'à la maturité professionnelle. Conformément à ce principe, aucune taxe d'inscription ou taxe d'examen n'est perçue pour l'examen fédéral de maturité professionnelle. Seul le dépôt d'une caution remboursable doit contribuer à renforcer le caractère contraignant de l'inscription à l'examen.

Au niveau du gymnase par contre, des taxes sont prélevées depuis toujours pour les examens suisses centralisés. Le Conseil fédéral a légiféré pour la dernière fois en la matière dans son ordonnance du 3 novembre 2010 sur les taxes et les indemnités pour l'examen suisse de maturité et les examens complémentaires (RS 172.044.13). Dans le domaine de la formation gymnasiale, il n'a jamais existé d'obligation de gratuité de l'enseignement jusqu'au diplôme du degré secondaire II.

La situation changera dès 2019 dans la mesure où le SEFRI organisera de manière centralisée les examens de maturité gymnasiale sur mandat de la Commission suisse de maturité (CSM) et, nouvellement, les examens fédéraux de maturité professionnelle (en son propre nom).

La question de savoir s'il conviendrait de s'écarter des procédures qui se sont établies et de tendre vers une harmonisation – et dans quelle direction aller – devra être examinée.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5485 Roduit

Localisation de l'examen suisse de maturité professionnelle

Alors que l'examen suisse de maturité gymnasiale est organisé dans chacune des régions linguistiques, l'examen suisse de maturité professionnelle rassemble à Berne les candidats alémaniques et romands. Quant aux candidats tessinois, ils peuvent faire l'examen dans leur région linguistique.

Quelle est la justification de ce regroupement partiel ?

Réponse

Jusqu'à fin 2018, la Commission fédérale de la maturité professionnelle (CFMP) est responsable du déroulement des examens fédéraux de maturité professionnelle. Elle a toujours organisé ces examens à Berne en raison de sa position centrale.

Pour des raisons organisationnelles, les candidats de Suisse italophone ont bénéficié de conditions particulières : Dans le canton du Tessin, seule une école non reconnue prépare aux examens de maturité professionnelle, lesquels sont organisés dans les locaux de cette école. En moyenne, près de 30 candidats se sont présentés tous les deux ans aux examens.

En ce qui concerne la Suisse romande, le nombre de candidats était très réduit lorsqu'on a commencé à organiser ces examens à partir de 1995, si bien qu'un transfert des examens à Berne a été jugé raisonnable et non discriminant. Cette pratique s'est établie au fil des ans et a été maintenue pour des raisons d'organisation.



Heure des questions du 17er September 2018

Question 185492 Mazzone

Better Gold Initiative: les suites seront-elles à la hauteur des risques en matière de droits humains

Le rapport de la Société pour les peuples menacés de mars 2018 montre que le commerce de l'or présente encore des risques. L'intoxication au mercure a atteint des proportions toujours plus préoccupantes. Mais la Suisse a ratifié la convention de Minimata. Le Conseil fédéral va-t-il davantage soutenir la Better Gold Initiative ? Le Conseil fédéral travaille-t-il à des solutions dans les régions problématiques ? La BGI restreindra-t-elle à l'avenir l'importation de l'«or au mercure» et d'or douteux ?

Réponse

Les résultats de la BGI sont encourageants. Depuis le début de la deuxième phase en 2017, plus de 1100 kg d'or issu de petites mines responsables a été importé et commercialisé en Suisse. Le Conseil fédéral continue à soutenir cette initiative qui durera jusqu'en 2020. Une extension au-delà de cette phase dépendra des résultats d'une évaluation externe prévue en 2019/2020.

La BGI est une des mesures du Conseil fédéral pour promouvoir des solutions dans les régions affectées par les défis environnementaux et sociaux auxquels font face les mines de petite tailles. Elle s'inscrit dans la stratégie du Conseil fédéral établie dans le cadre du rapport 2013 sur les matières premières. Dans le cadre de la suite donnée au postulat Recordon, le Conseil fédéral examine actuellement les conditions-cadres régissant le secteur de l'or. Le Conseil fédéral publiera un rapport d'ici la session parlementaire d'hiver 2018.

La BGI fait en sorte que l'or qui est importé dans le cadre de cette initiative corresponde à des critères environnementaux et sociaux, acceptés au niveau international.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5493 Glättli

Europas dreckige Ernte: Unhaltbare Zustände bei Obst- und Gemüseimporten aus Almeria. Werden ILO-Mindeststandards durchgesetzt?

Die Grossverteiler versprechen, dass importiertes Obst und Gemüse nach dem „GlobalGap-Standard“ zertifiziert ist. Damit wird der Produktionsprozess von der Aussaat über die Arbeitshygiene bis zum Verkauf im Grosshandel überprüft. Aktuelle Medienberichte zeigen aber, dass in der europ. Gemüsekammer Almerias weiterhin katastrophale Arbeitsbedingungen herrschen.

-Ist dies dem Bundesrat bekannt?

-Was kann er tun, um ILO-Mindeststandards bei Importen durchzusetzen?

-Werden Kundinnen getäuscht?

Antwort

Gemäss den dem Bundesrat vorliegenden Informationen arbeiten alle Detailhändler in der Schweiz mit dem Global Gap Standard. Weitere Informationen sind beim Verein Swiss Gap verfügbar, welcher für Global Gap in der Schweiz verantwortlich ist. Diese Initiative ist vollständig privat und wird vom Bund nicht überwacht.

Die Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), welche als Mindeststandards in der Arbeitswelt gelten, werden von den Mitgliedstaaten der Organisation ratifiziert. Spanien ist ein Mitgliedstaat der ILO. Es liegt in der Pflicht der Mitgliedstaaten, die Einhaltung der ratifizierten Übereinkommen durchzusetzen und der ILO darüber periodisch Rechenschaft abzulegen. Die Schweiz nimmt im Rahmen des jährlich tagenden Normenanwendungsausschusses der ILO, welcher die Einhaltung der Übereinkommen überprüft, regelmässig Stellung zu Umsetzungsproblemen.

Der zuständigen Bundesbehörden sind keine entsprechenden Beschwerden von Konsumentinnen und Konsumenten bekannt.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5495 Wüthrich

Wie hat sich das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation bei der Armutsstrategie beteiligt?

Staatssekretär Dell'Ambrogio trat an der Nationalen Konferenz gegen Armut vom 7. September 2018 unter dem Titel "Kontinuierliche Förderung von Bildungschancen" auf. Mit Massnahmen im Bildungsbereich kann die Armut nachhaltig bekämpft werden. Den Aussagen des Staatssekretärs musste man erstaunt entnehmen, dass sich das SBFI nicht sonderlich stark im Kampf gegen die Armut engagiert. Was hat das SBFI konkret im Rahmen des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut unternommen?

Antwort

Es ist unbestritten, dass Bildung zur Bekämpfung von Armut beiträgt und Bildungsmassnahmen Armut verhindern können. So wirkt sich das bildungspolitische Ziel von Bund und Kantonen, dass 95 Prozent aller 25-Jährigen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen, positiv auf die Integration in den Arbeitsmarkt aus und kann damit das Armutsrisiko vermindern.

In der Zuständigkeit des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) läuft eine Vielzahl von Massnahmen, die die Integration in den Arbeitsmarkt über Bildung fördern. Namentlich das Case Management Berufsbildung, das Projekt «Berufsabschluss für Erwachsene» und die Förderung von Grundkompetenzen Erwachsener sind Bildungsmassnahmen, die mithelfen, Armut zu vermeiden. Diese wurden aber nicht im Rahmen des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut (NPA) initiiert.

Bei der konkreten Umsetzung von Massnahmen des NPA hat das SBFI sein Fachwissen eingebracht und in Steuer-, Begleit- und Arbeitsgruppen mitgewirkt. Auch umgekehrt ist die Abstimmung sichergestellt: In der Begleitgruppe des SBFI-Projekts «Berufsabschluss und Berufswechsel für Erwachsene» hat zum Beispiel eine Vertretung von NPA-Mitarbeitenden aus dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) mitgewirkt.



Fragestunde vom 17. September 2018

Question 18.5416 Feller

Pourquoi l'organe de révision de la Poste n'a-t-il pas été changé lors de l'assemblée générale du 26 juin 2018?

A la suite des malversations commises au sein de CarPostal, le Conseil fédéral a décidé de changer d'organe de révision de la Poste. Selon le communiqué du 11 juin 2018, le but est «d'assurer un nouveau départ». Or, lors de l'assemblée générale de la Poste du 26 juin 2018, l'organe de révision en place depuis de nombreuses années a été réélu en vue de réviser les comptes 2018 en 2019. Pourquoi l'organe de révision de la Poste n'a-t-il pas été changé lors de l'assemblée du 26 juin 2018?

Réponse :

Comme le Conseil fédéral l'a déjà expliqué dans ses réponses aux interventions 18.3676 et 18.3498, il a décidé de réélire KPMG SA en tant qu'organe de révision de la Poste pour l'exercice 2018 en cours, notamment parce que des contrôles doivent encore être effectués dans le courant de l'exercice chez PostFinance. L'élection à brève échéance d'une autre société au milieu de l'année aurait donc posé d'importants problèmes organisationnels. Afin de garantir un nouveau départ, la collaboration avec KPMG SA ne sera cependant pas poursuivie par la suite.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5417 Feller

Objectifs stratégiques assignés par le Conseil fédéral à la Poste. L'échange d'informations trimestriel prescrit a-t-il effectivement lieu?

Selon le point 7 des objectifs stratégiques assignés par le Conseil fédéral à la Poste pour les années 2013 à 2016 et 2017 à 2020, «le Conseil fédéral attend de la Poste qu'elle mène une fois par trimestre un échange d'informations avec des représentants de la Confédération». Est-ce qu'un tel échange d'informations a effectivement lieu à cette fréquence? Des procès-verbaux sont-ils établis? Un suivi des échanges est-il assuré? Qui représente la Confédération? Qui représente la Poste?

Réponse:

Conformément à la gouvernance d'entreprise de la Confédération, des entretiens institutionnalisés ont lieu entre le propriétaire et les entreprises liées à la Confédération. Pour la Poste, Swisscom, les CFF et skyguide, ces entretiens ont lieu sous la direction de la cheffe du DETEC avec des représentants du Secrétariat général DETEC, de l'Administration fédérale des finances et du DDPS pour ce qui concerne skyguide.

Comme prévu dans les objectifs stratégiques, les entretiens du propriétaire avec la Poste ont lieu en principe quatre fois par an, la Poste étant représentée par le président du conseil d'administration et par les membres de la direction du groupe. Un procès-verbal de ces échanges est établi et, le cas échéant, les travaux qui en découlent sont définis.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5418 Feller

Le Conseil d'administration de la Poste a-t-il validé la récente extension des activités de CarPostal en France?

Selon un communiqué de la Poste de juin 2018, le Conseil d'administration a demandé à la direction d'examiner un retrait programmé de CarPostal en France. Or, une filiale de CarPostal a acquis en juillet 2018 de nouvelles lignes de bus près de Marseille. Le Conseil d'administration de la Poste a-t-il validé cette extension de CarPostal en France? Si oui, le Conseil d'administration n'est-il pas incohérent? Si non, pourquoi ne surveille-t-il pas davantage CarPostal en cette période de crise?

Réponse :

Comme l'indique la question, le conseil d'administration de la Poste a chargé la direction du groupe d'examiner un abandon ordonné du transport des voyageurs en France. Une option consiste à vendre la société. CarPostal France poursuivra toutefois ses activités jusqu'à ce qu'une décision définitive soit prise. Par conséquent, elle continuera aussi à participer à des appels d'offre afin de défendre sa part de marché et d'au moins préserver la valeur de l'entreprise.

Concernant le marché qui lui a été adjugé en juillet 2018, il s'agit de lignes régionales (interurbaines) dans le département des Bouches-du-Rhône où CarPostal France est déjà active depuis 2017.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5424 Merlini

Fino a quando la direzione della Posta abuserà della nostra pazienza?

La stampa ha riferito che la Direzione de La Posta avrebbe pubblicato lo scorso giugno una gara di appalto per lavori di pulizia in tutti i suoi stabili in Svizzera. Le trattative si svolgeranno unicamente in lingua tedesca e le ditte che avranno inoltrato offerte in un'altra lingua potranno essere escluse. Le prestazioni di pulizia non saranno fornite a livello regionale o locale, bensì vi sarà un'unica impresa aggiudicataria. Conferma il CF la notizia? Come valuta la decisione della Posta?

Riposta:

Il Consiglio federale controlla la Posta fissandone gli obiettivi strategici, ma per principio non interferisce sulla sua attività operativa. Le procedure di aggiudicazione sono pertanto solo di competenza della Posta.

Secondo le informazioni fornite dalla Posta, di solito la pubblicazione della procedura di aggiudicazione avviene in due lingue ufficiali (tedesco e francese). Se le particolarità regionali lo richiedono il testo è pubblicato anche in lingua italiana. La procedura di aggiudicazione a cui si fa riferimento nella domanda si è svolta in lingua tedesca e francese.

Nel frattempo la Posta ha eliminato dal testo il passaggio secondo cui possono essere escluse offerte in un'altra lingua. Ciò significa che le offerte possono essere presentate in lingua tedesca, francese o italiana. Il testo a cui si è fatto riferimento mirava a trovare un unico fornitore per tutta la Svizzera allo scopo di effettuare economie di scala.



Ora delle domande del 17 settembre 2018

Domanda 18.5435 Regazzi

La morte annunciata di SkyWork e la latitanza dell'UFAC

Nonostante SkyWork abbia sfiorato il grounding nel nov. '17, e che avesse nel frattempo accumulato altri 4 mio. di fr. nel giro di pochi mesi, l'UFAC non è intervenuto e alla stessa è stato riconcessa l'autorizzazione a volare. Chiedo al CF:

- 1) Che tipo di controlli ha svolto l'UFAC su SkyWork?
- 2) Perché ciò nonostante le ha rilasciato l'autorizzazione all'esercizio?
- 3) Non ritiene che così facendo abbia mancato al suo mandato di vigilanza, danneggiando molti passeggeri e anche l'aeroporto di Agno?

Risposta:

La sorveglianza esercitata dall'UFAC sulla capacità economica delle compagnie aeree ha carattere di sorveglianza preventiva sulla sicurezza. Serve ad assicurare che le imprese di trasporti aerei dispongano della necessaria solidità finanziaria e a evitare che, per ragioni economiche, attuino dei risparmi a scapito delle prestazioni rilevanti in termini di sicurezza.

- 1) Per il rilascio dell'autorizzazione d'esercizio, un'impresa di trasporti aerei deve dimostrare di adempiere ai requisiti concernenti la capacità economica. Alla fine di ottobre 2017, SkyWork Airlines AG ha dovuto dimostrare di essere in grado di far fronte ai propri impegni per un periodo di almeno 12 mesi. A tale scopo, la società ha presentato un preventivo e un piano di liquidità, allegando segnatamente i documenti attestanti il finanziamento. L'UFAC è giunto alla conclusione che i requisiti concernenti la capacità economica erano nuovamente adempiuti e pertanto ha rilasciato a SkyWork Airlines AG l'autorizzazione d'esercizio.
- 2) Dal momento che alla fine di ottobre 2017 SkyWork Airlines AG ha dimostrato di essere in grado di adempiere ai requisiti concernenti la capacità economica, sotto il profilo giuridico non vi erano elementi che motivavano un rifiuto dell'autorizzazione d'esercizio.
- 3) Visti i precedenti problemi finanziari, l'UFAC ha aumentato la sorveglianza sulla capacità economica di SkyWork Airlines AG e anche dopo il 1° novembre 2017 (nuovo rilascio dell'autorizzazione d'esercizio) l'ha esercitata con determinazione. La procedura per la revoca dell'autorizzazione d'esercizio è stata avviata quando



è emerso che la società non era più in grado di adempiere ai requisiti giuridici applicabili. Sebbene la cessazione dell'attività di SkyWork Airlines AG incida pesantemente su molte persone, non è compito dell'UFAC evitare un fallimento o tutelare gli interessi finanziari dei creditori.



Fragestunde vom 17. September 2018

Question 18.5438 Mazzone

De quelle légitimité démocratique bénéficiera la fiche PSIA de l'aéroport de Genève?

A l'issue de la consultation sur cette fiche, l'OFAC annonçait que « parmi les 300 prises de position reçues, l'exposition au bruit et la qualité de l'air sont les thèmes les plus fréquemment cités. » Comment ces avis sont-ils intégrés à la fiche définitive ? Le Conseil fédéral publiera-t-il un rapport de consultation et une justification des arbitrages ? Quelle est la légitimité démocratique d'un document approuvé par le seul pouvoir exécutif (sans consultation des parlements genevois et suisse) ?

Réponse :

La fiche PSIA est un instrument d'aménagement du territoire liant entre autorités et l'exploitant. Le Canton de Genève a participé étroitement aux discussions en vue d'élaborer un projet de fiche PSIA de l'aéroport de Genève et a eu l'opportunité de se prononcer dans le cadre de la consultation.

La fiche PSIA de l'aéroport de Genève a été mise en consultation auprès de la population et des autorités suisses et françaises. L'ensemble des prises de position est dépouillé et évalué dans un rapport explicatif. Ce dernier analyse les demandes, répond aux questions posées et explique de quelle manière elles sont apportées dans la fiche PSIA. C'est sur la base de cette l'évaluation que le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication proposera au Conseil fédéral l'adoption de la fiche PSIA. Le rapport sera publié sur Internet le jour de l'adoption de la fiche PSIA par le Conseil fédéral. Le Conseil fédéral, par l'adoption de la fiche PSIA, fixera le cadre général en vue d'une coordination entre autorités au niveau de l'aménagement du territoire. Les projets concrets tels que prévus par la fiche PSIA feront l'objet de procédures d'approbation durant lesquelles les tiers auront l'opportunité de s'y opposer.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5439 Friedl

Auswirkungen des Hitzesommers auf die Tiere und Pflanzen

Der Hitzesommer 2018 hat in vielen Landesteilen zu grosser Trockenheit und hohen Temperaturen geführt.

1. Kann abgeschätzt werden, wie viele Tonnen Fische in den Schweizer Gewässern wegen der hohen Wassertemperaturen verendet sind?
2. Waren andere Tierarten ebenfalls überdurchschnittlich betroffen?
3. Können die Auswirkungen auf den Wald schon abgeschätzt werden?
4. Wie sind die Auswirkungen 2018 im Vergleich zu denen im Hitzesommer 2003?

Antwort:

1. Die hohen Wassertemperaturen von bis zu 28 Grad setzten vor allem den kaltwasserliebenden Fischarten wie Äschen und Forellen zu.

Eine erste Abschätzung ergibt, dass die Äschenpopulation im Hochrhein besonders stark betroffen ist: Rund 3 Tonnen tote Äschen in allen Altersklassen wurden von kantonalen Behörden und Fischereivereinen eingesammelt. Erste Abschätzungen für die übrigen Gewässer der Schweiz ergeben nochmals rund 3 Tonnen tote Fische. Insgesamt wird geschätzt, dass mindestens 20'000 Fische aufgrund der Trockenheit und Hitze verendet sind.

2. Dem BAFU sind aktuell nur Meldungen zu Flusskrebse bekannt, zu anderen Tierarten liegen keine Meldungen vor.

3. Auf Bundesebene liegen noch keine Zahlen zu den betroffenen Waldflächen oder zur Beeinträchtigung der Holzproduktion vor, die diesjährige Waldzustandserhebung wird derzeit durchgeführt. Die Auswirkungen von Hitze und Trockenheit sind jedoch im Wald gut sichtbar: Laubbäume, insbesondere die Buche, haben bereits im Sommer Laub abgeworfen. Generell wurden einerseits die Bäume geschwächt und andererseits die wärmeliebenden Schädlinge wie der Borkenkäfer begünstigt. Für die Erholung der Bäume werden die Niederschlagsmengen im Winter und im nächsten Jahr wichtig sein.

4. Für einen fundierten Vergleich zwischen den Jahren 2003 und 2018 und der Auswirkungen der Hitze und der Trockenheit ist es noch zu früh. Statistisch scheint der Sommer 2018 vor allem ausserordentlich trocken gewesen zu sein. Das BAFU hat 2016 eine Analyse der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt der Hitze und Trockenheit im Sommer 2015 veröffentlicht und wird auch für das Jahr 2018 eine ähnliche Analyse erarbeiten.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5440 Friedl

Wärmestress der Fische durch Abwärme aus Atomkraftwerken nach dem Hitzesommer

In der Fragestunde vom Juni 2018 wurde bestätigt, dass der Temperatureintrag des AKW Beznau 1 und 2 bei "normalen" Abflussmengen im Sommer (Juli bis September) rund 0,4 Grad Celsius bis über 1 Grad Celsius bei Volllast betragen kann. Im Sommer 2018 waren die Wassertemperaturen bereits wetterbedingt sehr hoch. Hat Beznau das Aarewasser weiter erwärmt? Wurde Beznau heruntergefahren? Was bedeutete die Temperaturerhöhung für die unterliegenden AnwohnerInnen an Aare und Rhein?

Antwort:

Die Schweizer Gewässer werden vor allem durch die Seen aufgewärmt. Die Aare wird zusätzlich durch die mittels Durchlaufkühlung ausgestatteten Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau erwärmt. Beide KKW hatten jedoch in der Zeit der höchsten Temperaturen den Betrieb reduziert. Die hohen Temperaturen der Aare hatten für die Anwohnerinnen und Anwohner keine Auswirkungen, sie waren jedoch für die Fische ein Stressfaktor.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5445 Pezzatti

Postfinance: Darf der Bund ohne Verfassungsgrundlage eine Bank führen?

Wie ist der Entscheid des Bundesrates mit dem Gutachten des Bundesamtes für Justiz aus dem Jahr 2006 vereinbar, worin das Bundesamt zum Schluss kommt, dass der Bund keine Bank führen kann. Wäre dafür nicht eine Änderung der Bundesverfassung erforderlich?

Antwort:

Das in der Frage erwähnte Gutachten des BJ stammt aus dem Jahr 2006. Seither hat sich die Ausgangslage verändert (bundegerichtliche Rechtsprechung, Ausgliederung von PostFinance in eine Aktiengesellschaft, Erteilung einer Banklizenz und Einstufung von PostFinance als systemrelevant).

Die Frage der Verfassungsmässigkeit der Hypotheken- und Kreditvergabe durch PostFinance wird wie üblich bei der Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage weiter vertieft.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5450 Wasserfallen Flavia Hat das Radio eine Zukunft?

Das BAKOM hat eine teure mehrjährige Informationskampagne lanciert, um die Bevölkerung vom digitalen Radio zu überzeugen und den Wechsel von UKW zu DAB+ bekannt zu machen. Das Radio soll auch digital möglichst viele Menschen zu Hause, auf der Arbeit oder unterwegs erreichen. Auf der anderen Seite lässt die SRG verlauten, dass die Radionutzung massiv abnehme und neu die Inhalte zusammen mit den TV-Inhalten online-tauglich gemacht werden müssen. Wie beurteilt der Bundesrat die Zukunft des Radios?

Antwort:

Der Bundesrat hat bereits im Jahr 2006 festgehalten, dass die Zukunft des Radios digital sein wird. Als Gründe dafür nannte er insbesondere die grössere Vielfalt, tiefere Verbreitungskosten sowie neue technische Möglichkeiten, die UKW nicht bieten kann. Zusätzlich war und ist der Bundesrat der Meinung, dass das Medium Radio den Herausforderungen neuer globaler Anbieter wie Spotify, YouTube oder ähnlicher Onlinedienste nur in digitaler Form begegnen kann.

Gegenwärtig läuft der Migrationsprozess, in dessen Verlauf die analoge UKW-Verbreitung bis spätestens 2024 von DAB+ (Digital Audio Broadcasting) abgelöst werden soll. Der Empfang von Radioprogrammen wird sich nicht auf DAB+ beschränken. Von den rund zwei Dritteln der Haushalte, die Radioprogramme digital empfangen, entfallen rund 29 Prozent auf den Empfang via Internet oder TV-Netze. Die SRG und die privaten Veranstalter sind denn auch auf beiden digitalen Verbreitungswegen (DAB+ und Internet) präsent.

Gemäss den veröffentlichten Nutzungszahlen ist insgesamt ein Rückgang der linearen Radionutzung feststellbar. Gleichzeitig nimmt der zeitversetzte Konsum von Radioinhalten (z.B. Podcasts) zu. Unter dem Strich sind die Reichweite und die Marktanteile der schweizerischen Radios bislang stabil geblieben.

Feststellbar ist darüber hinaus ein stark unterschiedliches Nutzungsverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Die Veranstalter sind deshalb gefordert, ihre Inhalte

sowohl alters- als auch zielgruppengerecht über die adäquaten Kanäle linear und zeitversetzt zu verbreiten.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5453 Fluri Radionutzung in der Schweiz

Die SRG argumentiert beim Umzug der Informationsabteilung Radio SRF unter anderem mit der stark abnehmenden Radionutzung. Der Bundesrat erachtet jedoch im erläuternden Bericht zum neuen Mediengesetz die Reichweiten als stabil. Was stimmt? Ist die Radionutzung wie von der SRG-Leitung behauptet "im freien Fall" oder täuscht sich hier das öffentliche Medienhaus SRG?

Antwort:

Reichweiten und Marktanteile der Radios sind in den vergangenen Jahren stabil geblieben. Was sich hingegen verändert hat, ist die Dauer der täglichen linearen Radionutzung. Diese ist von 2002 bis 2016 um 14 Prozent auf 60 Minuten zurückgegangen. In der Altersgruppe der 15-34-Jährigen nutzt inzwischen nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung wöchentlich SRG-Radioprogramme linear. Im Gegenzug nimmt die zeitversetzte Radionutzung mittels digitaler Angebote (bspw. Podcasts, Smart Speakers) zu; dies gilt insbesondere für die jüngeren Altersgruppen.

Dieses veränderte Nutzungsverhalten ist nach Auffassung der SRG ein Grund für den von ihr erwogenen Teil-Umzug des Radiostudios Bern nach Zürich. Die SRG will die unterschiedlichen Bedürfnisse des Publikums in der Deutschschweiz auch aus ökonomischen Gründen über ein einziges digitales Zentrum abdecken.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5455 Quadri Ticino Terzo Mondo ferroviario della Svizzera?

In data odierna sulla linea ferroviaria del Gottardo si è registrato l'ennesimo ritardo importante a causa di non meglio precisati problemi tecnici. Non si tratta purtroppo di un caso isolato. Su questa tratta la puntualità sembra ormai diventata un optional. A ciò si aggiunge l'incertezza nei collegamenti Tilo da e per l'Italia. Il Ticino sta diventando il Terzo mondo ferroviario della Svizzera? Come valuta il CF la situazione? E' sua intenzione intervenire presso i vertici FFS?

Risposta

Le FFS fanno sapere di investire complessivamente 220 milioni di franchi nel rinnovo e ammodernamento delle stazioni (Bellinzona, Lugano, Locarno, Chiasso, Mendrisio), circa 2 miliardi di franchi nell'acquisizione di nuovo materiale rotabile (tra l'altro Giruno) da impiegare per i trasporti a lunga distanza e regionali sull'asse nord-sud e 400 milioni di franchi in nuove infrastrutture ferroviarie. La galleria di base del Ceneri, che sarà aperta al traffico nel 2020, ridurrà ulteriormente i tempi di viaggio sull'asse nord-sud e inaugurerà l'era del Metrò Ticino.

La puntualità dei treni passeggeri è buona, nonostante i numerosi lavori in corso sulle tratte di accesso alla galleria di base del San Gottardo per realizzare il corridoio di 4 metri. Per i collegamenti suburbani sono state adottate di recente diverse misure di stabilità che stanno già dando i loro frutti, tanto che la puntualità è aumentata.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5458 Jauslin

Ungewisse Zukunft der Sportfliegerei auf Flughafen Bern-Belp

2012 verabschiedete der BR den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt vom Flughafen Bern-Belp. Damals wurde festgehalten, dass in Bern wenn möglich fliegerische Ausbildung und Flugsport betrieben werden soll. Dazu wurde auch festgelegt, dass mit der geplanten Ausbaustufe 4 die benötigte Infrastruktur weiterhin zur Verfügung gestellt wird.

Wie beurteilt der BR die Situation, dass mit der geplanten Ausbaustufe 4 die Graspiste und die Sparte Segelflug trotz gegenteiliger Vorgaben wegfallen sollen?

Antwort:

Im SIL-Objektblatt für den Flughafen Bern-Belp von 2012 hat der Bundesrat festgelegt, dass der Flughafen weiterhin und soweit als möglich der fliegerischen Aus- und Weiterbildung sowie dem Flugsport dienen soll. Dazu gehört auch der Segelflug. Der Flughafen soll eine Infrastruktur anbieten, die dieser Funktion und dem internationalen Standard entspricht.

Ziel der 4. Ausbaustufe ist die Entflechtung der Nutzungen am Flughafen. Die Anlagen der allgemeinen Luftfahrt sollten von denjenigen des Linien- und Charterverkehrs getrennt werden. Die Festlegungen im SIL-Objektblatt beruhen auf der Annahme, dass die Segelfluggpiste zwar aufgehoben, aber in die bestehende Graspiste integriert werden soll. Zusätzlich sollte ein separates Landefeld für die Segelflugzeuge erhalten bleiben (das gleichzeitig als neue Helikopterlandefläche dienen soll). Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form die 4. Ausbaustufe angesichts der neusten Entwicklungen im Flughafenbetrieb umgesetzt werden kann, ist zurzeit nur schwer abschätzbar.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5459 Buffat

Réalisation de parcs éoliens – remplacement de l'agent énergétique

En réponse à l'interpellation Glauser (18.3604, question 3), l'OFEN nous informe qu'il table depuis des années sur un taux de réalisation bas.

Si le CF table sur un taux de réalisation bas des installations éoliennes, quel agent énergétique remplacera les 4.3 TWh de courant éolien prévus dans la SE2050, soit l'équivalent de 800 installations éoliennes (voire 1'000 si on tient compte de leur arrêt en raison des émissions sonores nocturnes, des migrations de faune ailée, etc..) ?

Question 18.5460 Buffat

Réalisation de parcs éoliens - taux de réalisation bas

En réponse à l'interpellation Glauser (18.3604, question 3), l'OFEN nous informe qu'il table depuis des années sur un taux de réalisation bas.

Si le CF table sur un taux de réalisation bas des installations éoliennes, pourquoi laisser autant de projets (450 machines) s'enliser dans des procédures coûteuses, payées en dernier ressort par le consommateur d'électricité via sa facture ?

Ce gigantesque gaspillage est-il un acte responsable de la part de l'OFEN et de Swissgrid ?

Question 18.5461 Buffat

Réalisation de parcs éoliens – planification des ressources

En réponse à l'interpellation Glauser (18.3604, question 3), l'OFEN nous informe qu'aucune réserve artificielle n'a été créée et, par conséquent, qu'aucun fonds n'a été bloqué.

Si aucune réserve n'est constituée pour les futures installations éoliennes, qu'advient-il si les 450 installations au bénéfice d'une décision positive venaient à être réalisées ?

qui paie en cas de manque de financement par la rétribution à l'injection : les communes ? les consommateurs ?



Réponse :

La Stratégie énergétique 2050 comprend des mesures destinées à réduire la consommation d'énergie, à accroître l'efficacité énergétique et à augmenter la production à partir d'énergies renouvelables. Un monitoring régulier permet de suivre la mise en œuvre de cette stratégie. Un rapport annuel de l'Office fédéral de l'énergie consacré à cette question sera publié pour la première fois cet automne.

La rétribution de l'injection est l'un des instruments d'encouragement du développement des énergies renouvelables. Elle vise à soutenir la planification de nouveaux projets de production d'électricité renouvelable. Aujourd'hui déjà, il apparaît clairement que tous les projets ne pourront pas bénéficier d'une rétribution de l'injection. Le Parlement a limité la durée de ce système d'encouragement, en a plafonné les ressources et a alloué davantage de moyens au maintien et au développement de la force hydraulique. Le système de rétribution de l'injection prendra fin au terme de l'année 2022. Plus aucune nouvelle installation ne sera dès lors admise dans le système d'encouragement.

L'octroi de permis de construire pour les projets éoliens est une décision qui relève des cantons et des communes concernés. Les projets abandonnés ou interrompus peuvent être retirés de la liste d'attente grâce à l'«avis d'avancement du projet».

L'affectation des moyens du fonds alimenté par le supplément est effectuée conformément aux art. 35 et 36 de la loi sur l'énergie (LEne; RS 730.0) ainsi qu'aux art. 25 et 36 de l'ordonnance sur l'énergie (OEne, RS 730.01). L'affectation des moyens aux différentes utilisations dépend notamment de la liquidité globale du fonds. Si les ressources à allouer aux installations participant au système de rétribution de l'injection devaient s'avérer insuffisantes, les ressources destinées à d'autres utilisations devraient être réduites. En raison d'une planification prudente des liquidités, ce scénario reste cependant aujourd'hui très peu probable.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5463 Bigler Retail-Mieten SBB

Gemäss der Antwort des Bundesrats auf die Ip. 18.3501 erzielen die SBB mit einer vermieteten Retailfläche in den Bahnhöfen von 115'000 m² einen Mietertrag von rund 180 Mio. Franken. Im Durchschnitt ergibt das 1'565.-/m². Zur Vervollständigung des Bilds bitte ich den Bundesrat zusätzlich um die Angabe der höchsten Miete, der tiefsten Miete und der Durchschnittsmiete für die folgenden Bahnhöfe: Zürich HB, Bern, Genf, Luzern, Olten.

Antwort:

Der Bundesrat steuert die SBB als Eigner mit strategischen Zielen. Auf das operative Geschäft des Unternehmens nimmt er grundsätzlich keinen Einfluss. Es ist Sache der SBB, ob sie Angaben über die Mietpreise von Retailflächen an Bahnhöfen macht. Nach Auskunft der SBB gibt sie keine Mietpreise pro Standort bekannt, weil die jeweiligen Mietzinse als Vertragsbestandteil zwischen der SBB und ihren Geschäftspartnern gelten und Rückschlüsse auf die einzelnen Mieter erlauben würden.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5464 Quadri

Le FFS continuano a snobbare l'economia locale

Le FFS hanno rivestito un loro stabile a Zurigo con pietra naturale proveniente dalla Germania e lavorata in Cina. Già alla nuova stazione di Bellinzona, le FFS hanno utilizzato travertino romano, un materiale peraltro inadatto alla bisogna, snobbando la pietra ticinese. Come valuta il CF questa reiterata mancanza di considerazione delle FFS per l'economia locale? E' intenzione del CF intervenire al proposito?

Antwort:

Il Consiglio federale impone alle FFS la realizzazione di obiettivi strategici. Non interferisce invece nell'attività operativa dell'impresa, in cui rientra anche l'acquisto di prodotti.

Per le loro ordinazioni le FFS sottostanno alla normativa sugli acquisti pubblici. Privilegiando le imprese nazionali rispetto a quelle estere si contravviene al divieto di discriminazione stabilito in questo ambito. D'altro canto, per le prestazioni fornite in Svizzera, anche le imprese estere, come quelle elvetiche, devono rispettare le condizioni di lavoro e sociali vigenti nel nostro Paese.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5465 Markwalder

Radiostudio Bern: Fehlendes staatspolitisches Verständnis der SRG-Spitze?

Die dezentrale Struktur der SRG mit den Radioinformationen aus Bern und den TV-Informationen aus Zürich garantiert eine regionale und inhaltliche Vielfalt in der Berichterstattung. Eine Zentralisierung der Information in Zürich gefährdet diese Vielfalt, wie dies seit längerem bei den Printmedien beobachtet werden kann. Wie stellt sich der Bundesrat zum Radiostudio-Standort Bern? Wo hört die unternehmerische Freiheit beim gebührenfinanzierten Medienhaus SRG auf?

Frage 18.5467 Wasserfallen Christian

Zentralisierungsgelüste der SRG?

Neu soll die Informationsabteilung Radio SRF wie die TV-Inhalte von Zürich aus produziert werden. Die Tatsache, dass rund sechs Monate nach der No-Billag-Abstimmung die SRG ihre regionale Verankerung bewusst schwächt, ist aus medienpolitischer Sicht sehr heikel. Wie sieht der Bundesrat diese Entwicklung des öffentlichen Medienhauses? Ist das im Sinn des Service Public?

Antwort:

Die SRG muss wegen ihrer finanziellen Situation und aufgrund der Vorgaben der Politik Sparmassnahmen ergreifen. Es liegt im unternehmerischen Ermessen der SRG, die Produktionsstrukturen innerhalb der Sprachregionen festzulegen und über die Standorte für die Radiostudios zu entscheiden. Die Konzession verlangt von ihr, dass sie ihre Radio- und Fernsehprogramme vorwiegend in den Sprachregionen produziert, für die sie bestimmt sind. Zentral ist: Die hohe publizistische Qualität der Programme darf nicht in Frage gestellt werden.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5468 Thorens Goumaz

Comment le Conseil fédéral compte-t-il appliquer, dans le domaine alimentaire, les recommandations du récent rapport scientifique mandaté par l'OFEV sur l'empreinte environnementale ?

Le rapport sur l'empreinte environnementale de la Suisse souligne l'impact écologique des aliments et la nécessité de réduire cet impact à l'étranger. Il affirme que la part de marché des produits agricoles durables doit augmenter, comme le demande l'initiative pour des aliments équitables. Que compte-faire le Conseil fédéral en la matière? Pourquoi veut-il faciliter l'importation de produits néfastes pour l'environnement comme l'huile de palme ou la viande issue d'élevages industriels ?

Réponse :

Le Conseil fédéral n'entend pas faciliter l'importation de produits non durables. Dans le cadre des négociations sur les accords de libre-échange, la Suisse s'engage par exemple pour que les questions de durabilité soient prises en considération, notamment pour les produits mentionnés. Tous les nouveaux accords de la Suisse contiennent un volet consacré au thème du développement durable.

La Confédération promeut en outre à plusieurs niveaux une alimentation durable et des denrées alimentaires produites de manière durable. Dans son rapport « Économie verte : mesures de la Confédération pour préserver les ressources et assurer l'avenir de la Suisse », elle propose des bases méthodologiques permettant d'améliorer l'évaluation écologique des produits et matières premières. Par ailleurs, elle a consacré un programme national de recherche à l'alimentation saine et à la production alimentaire durable (PNR 69). De plus, l'économie durable, l'agriculture et l'alimentation figurent parmi les thèmes principaux du PNR 73.

Depuis le premier sommet sur le développement durable, qui s'est tenu à Rio en 1992, la Suisse soutient activement l'établissement de normes de durabilité, tant pour les marchés de niche que pour les marchés de masse. Par exemple, la Confédération soutient, dans les pays partenaires, l'agriculture biologique et la création d'organismes de certification. Elle a en outre participé à des dialogues menés entre

toutes les parties prenantes de différents secteurs de matières premières, qui ont permis de développer des normes de durabilité aujourd'hui bien établies, notamment pour le café, le coton, le bois et le soja.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5471 Mazzone

Révision de la partie conceptuelle du PSIA en cours de consultation: les aéroports sont-ils au-dessus des lois protégeant la population des pollutions ?

Dans cette révision actuellement en consultation (page 62), il est proposé d'admettre que "les valeurs limites d'exposition au bruit ne soient pas partout respectées" et, dans le cas des aéroports nationaux, que "certains polluants atmosphériques (oxydes d'azote et poussières fines) interviennent de manière significative sur la pollution atmosphérique globale". Les aéroports sont-ils au-dessus des lois? Comment la Confédération accomplit sa tâche constitutionnelle (art. 118) de protéger la santé?

Antwort :

Aux termes de la loi sur la protection de l'environnement (LPE ; RS 814.01), des « allègements » peuvent être accordés dans le cadre de l'assainissement (respect des prescriptions en matière d'environnement) d'installations présentant un « intérêt public prépondérant ». La partie conceptuelle du PSIA ne fait que préciser les conditions auxquelles ces allègements peuvent être accordés dans le cas des aéroports civils. Les formulations citées dans la question figurent déjà en tant que principes dans la partie conceptuelle du PSIA avalisée par le Conseil fédéral et actuellement en vigueur.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5472 Mazzone

Fiche PSIA de l'aéroport de Genève et cadastre de bruit: à quelle sauce sera-t-on mangé ?

La page 16 du projet de fiche PSIA indique qu'après l'adoption de celle-ci, le bruit admissible selon l'art. 37a OPB devra être fixé dans le cadre d'une procédure administrative déterminante et le cadastre de bruit adapté de suite. Quelle sera cette "procédure administrative déterminante" dans laquelle le bruit admissible sera fixé ? A quel horizon de temps le bruit admissible sera-t-il déterminé ? Quelle communication est prévue pour les riverains concernés par la modification du cadastre de bruit ?

Antwort :

La fixation du nouveau bruit admissible se fera après l'adoption de la fiche PSIA. Il incombe à l'exploitant d'en faire la demande auprès de l'OFAC en y déposant un dossier. Dans ledit dossier, l'exploitant détermine donc le nouveau bruit admissible en y indiquant l'horizon-temps considéré. Le nouveau bruit admissible fera l'objet d'une mise à l'enquête publique dans le cadre d'une procédure d'approbation des plans ou de modification du règlement d'exploitation. Les tiers auront donc la possibilité de faire opposition dans le cadre de la mise à l'enquête publique, ou de faire recours, le cas échéant, sur la décision fixant le bruit admissible. Dès que la décision sur la fixation du bruit admissible sera entrée en force, alors le cadastre de bruit sera élaboré en reprenant le bruit admissible fixé. Le cadastre de bruit a valeur d'inventaire et ne fait pas l'objet d'une mise à l'enquête publique.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5475 Graf Maya

Dreiviertel der Umweltbelastung verursacht die Schweiz durch Importe. Mit welchen konkreten Massnahmen will der Bundesrat im Lebensmittelbereich Nachhaltigkeits- und Qualitätsstandards erhöhen?

In der neusten Studie kommt das Bundesamt für Umwelt BAFU zum Schluss, dass die Schweiz die Gesamtumweltbelastung weiterhin massiv überschreitet und 3/4 der Umweltbelastung durch Importe erfolgt. Massnahmen wären laut Studie "die Marktabdeckung mit nachhaltig produzierte landwirtschaftlichen Produkten deutlich zu erhöhen" und sicherzustellen, dass die Standards hohen qualitativen Anforderungen genügen. Was macht der Bundesrat hier konkret, da er die Fair-Food Initiative leider ablehnt?

Antwort:

Der Bund fördert auf verschiedenen Ebenen eine nachhaltige Ernährung und nachhaltig produzierte Lebensmittel. Im Rahmen der Massnahmen des Berichts des Bundesrates für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz (Grüne Wirtschaft) verbessert er beispielsweise die methodischen Grundlagen für die ökologische Bewertung von Rohstoffen und Produkten. In der Forschung hat er mit dem NFP 69 einen Schwerpunkt auf gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion gesetzt. Zudem sind im NFP 73 Nachhaltige Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung ebenfalls wichtige Forschungsbereiche.

Seit dem ersten Nachhaltigkeitsgipfel in Rio 1992 ist die Schweiz auch international eine aktive Unterstützerin von Nachhaltigkeitsstandards sowohl für den Nischen- wie auch für den Massenmarkt. Der Bund unterstützt seither in Partnerländern den Aufbau von Zertifizierungsstellen und des Biolandbaus. In verschiedensten Rohstoffsektoren war der Bund ausserdem in Multistakeholder-Dialoge involviert, die zu Nachhaltigkeitsstandards in den einzelnen Sektoren führten, die mittlerweile gut im Markt etabliert sind. Beispiele sind die Standards im Kaffee-, Baumwoll-, Holz- und Sojasektor.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5476 Derder

Stratégie Suisse numérique: les entreprises fondées sur la science et spécialisées dans le numérique seront-elles associées au plan d'action?

La Conseil fédéral a présenté le 5 septembre une mise à jour de sa stratégie numérique, et nous l'en félicitons: le projet est très complet et ambitieux. Cela dit, le monde économique est encore trop peu associé au plan, notamment les entreprises fondées sur la science et spécialisées dans le numérique. Nous en avons dénombré 13, dont une seule et unique start-up (Bestmile). Le Conseil fédéral a-t-il l'intention de corriger ceci en associant davantage d'entreprises fondées sur la science?

Réponse:

Le plan d'action mentionné comprend des mesures qui contribuent concrètement à la mise en œuvre de la stratégie "Suisse numérique". Les mesures internes à la Confédération constituent le point de départ du plan d'action. La Suisse numérique étant une entreprise conjointe des autorités à tous les échelons, de l'économie, des milieux scientifiques, de la société civile et de la politique, le Conseil fédéral a décidé d'y inclure dorénavant aussi des projets importants d'autres parties prenantes. Le plan d'action ne doit toutefois pas servir de support publicitaire pour des entreprises individuelles. En outre, la publication de mesures de tiers externes à la Confédération dans le plan d'action ne donne pas droit à un soutien financier ou personnel de l'administration fédérale.

Le Conseil fédéral invite expressément les organisations intéressées à faire connaître leurs mesures par le plan d'action "Suisse numérique", pour autant que celles-ci remplissent les critères suivants:

- la mesure concerne toutes les régions de Suisse ou peut être appliquée dans toutes les régions;
- la mesure est soutenue par au moins deux acteurs externes à la Confédération;
- la mesure présente un degré de maturité suffisant et se distingue clairement d'une vision pure;
- la mesure présente un haut degré d'innovation et offre une valeur ajoutée qualitative pour la population et/ou l'économie en Suisse;

- la mesure peut être subordonnée aux objectifs principaux et/ou aux domaines d'action de la stratégie "Suisse numérique";
- la mesure est assortie de délais précis et n'est pas conçue comme une tâche permanente.

La direction opérationnelle "Suisse numérique" de l'Office fédéral de la communication OFCOM décide, en concertation avec les offices fédéraux compétents, de l'intégration des mesures prises par des tiers externes à la Confédération dans le plan d'action.

Le Conseil fédéral est convaincu que, dans un proche avenir, le plan d'action comprendra nettement plus que 13 mesures d'organisations extérieures à la Confédération.



Heure des questions du 17 septembre 2018

Question 18.5478 Derder

Stratégie Suisse numérique: le pilotage politique permettra-t-il une mise en oeuvre rapide du plan d'action?

La Conseil fédéral a présenté le 5 septembre une mise à jour de sa stratégie numérique, et nous l'en félicitons: le projet est très complet et ambitieux. Cela dit, comment les départements vont-ils collaborer? Le cafouillage et le retard pris par la mise en oeuvre de la motion Eder 17.3508 n'est pas de bon augure: la collaboration interdépartementale semble compliquée. Comment concilier ces blocages avec la révolution numérique extrêmement rapide?

Réponse:

La collaboration entre les départements et les offices dans le cadre de la mise en oeuvre de la stratégie et du plan d'action "Suisse numérique" s'est notablement améliorée depuis 2016, comme en témoigne également la conférence de presse commune du 6 septembre 2018. Le Conseil fédéral a également adopté un nouveau mandat du Groupe de coordination interdépartemental IDK et de la Direction opérationnelle "Suisse numérique" de la Confédération:

- Le groupe élargi de l'IDK comprend tous les responsables de projets dont les mesures sont présentées dans le plan d'action. L'IDK échange des informations sur les mesures individuelles au niveau technique, principalement sous forme numérique, mais aussi dans des groupes de projets spécifiques.
- Le cercle restreint de l'IDK se compose d'une personne par département et de la Chancellerie fédérale. En règle générale, les représentants sont des décideurs au sein de leur département. Ils connaissent les projets de numérisation en cours et les éventuels problèmes qui y sont liés. Le cercle restreint se réunit régulièrement pour des réunions et échange des informations par voie électronique sur des questions stratégiques individuelles. L'organe est présidé par le DETEC, en la personne du directeur de l'Office fédéral de la communication (OFCOM).

- La Conférence des secrétaires généraux de la Confédération CSG, présidée par la Chancellerie fédérale, doit désormais être mieux informée des travaux de mise en œuvre de la stratégie "Suisse numérique" et associée aux décisions. La CSG sert également d'organe de soutien à l'interface entre l'administration et la politique.
- Le Conseil fédéral lui-même est régulièrement informé de l'état d'avancement des différents projets. Une fois par an, il reçoit un aperçu général de l'avancée des projets fédéraux dans le plan d'action "Suisse numérique".

Le Conseil fédéral est convaincu que, avec cette structure d'application, les conditions sont réunies pour une mise en œuvre ciblée de sa nouvelle stratégie "Suisse numérique".



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5481 Addor

Maintenir un service public ou financer une équipe d'e-sport?

PostFinance s'apprête à dégraisser massivement, notamment en Valais (où les sites de Sion et Martigny devraient fermer). Au lieu de s'occuper de l'avenir des employés qui risquent d'être licenciés, La Poste va payer des gens pour... jouer (à League of Legends) et tenter d'en faire leur métier. Est-ce conforme au mandat de La Poste et le Conseil fédéral cautionne-t-il cette initiative?

Réponse:

Le Conseil fédéral pilote la Poste en lui assignant des objectifs stratégiques. En revanche, il n'intervient pas dans les activités opérationnelles de la Poste.

Le projet de PostFinance en lien avec le jeu de stratégie « League of Legends » est une activité opérationnelle qui relève exclusivement de la compétence de la Poste, et donc de PostFinance.

Dès lors, le Conseil fédéral n'a pas à se prononcer sur ce sujet.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5486 Friedl

Langzeitstudien zum Zustand der Waldökosysteme - sollen sich alle Kantone daran beteiligen?

Waldökosysteme erfüllen unverzichtbare Funktionen (Lebens-, Erholungsraum, Luftqualität, Wasserhaushalt, Rohstoffe). Um bei deren Beeinträchtigung Gegenmassnahmen einleiten zu können, sind langjährige Waldbeobachtungen notwendig. Solche führt das Institut IAP im Auftrag der Deutschschweizer Kantone und dem BAFU durch. Die Kantone SG und AR/AI sind nicht dabei. Sollten nicht in allen Kantonen solche Langzeitstudien zur Verfügung stehen? Kann der Bund die Kantone verpflichten, solche zu machen?

Antwort:

Es ist den Kantonen freigestellt, am interkantonalen Walddauerprogramm teilzunehmen. Der Bund kann sie nicht dazu verpflichten. Die Kantone bezahlen denn auch das Monitoring in ihrem Gebiet selbst.

Der Bund beteiligt sich finanziell lediglich an zielgerichteten Auswertungen, sofern sie für die Erfüllung der Aufgaben aus der Waldpolitik 2020 und für die Ziele der Luftreinhaltungspolitik erforderlich sind.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5490 Glättli

Naturschutzpotenzial von veräusserten Grundstücken von armasuisse: Aufwertung zur Stärkung der Biodiversität sicherstellen!

Armasuisse verkauft ehemalige militärische Grundstücke an Meistbietende. Viele dieser Flächen weisen ein hohes Naturschutzpotenzial auf.

-Mit welchem Detaillierungsgrad sind die Naturwerte dieser Flächen (Rote Liste Arten, Lebensräume u.a.) überhaupt erhoben worden?

-Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Flächen mit einem Naturschutzpotenzial gemäss seinem «Aktionsplan zur Strategie Biodiversität» optimal aufgewertet und auch längerfristig im Sinn des Naturschutzes bewirtschaftet werden?

Antwort:

Die Naturwerte der wichtigsten militärisch genutzten Grundstücke (insb. Waffen- und Schiessplätze) werden im Rahmen des Programms Natur-Landschaft-Armee (NLA) von armasuisse Immobilien erhoben. Der ökologische Wert der Flächen ist im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich. Die Bewahrung von Flächen mit hohem ökologischem Wert, die durch die Armee aufgegeben werden, ist Gegenstand eines Pilotprojektes des Aktionsplans Biodiversität. Ziel des Projekts ist es, eine Gesamtübersicht über die biodiversitätsrelevanten Flächen zu erhalten. So wurden zum Beispiel beim Schiessplatz Glaubenberg die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Schutzziele und der nachhaltigen Pflege festgelegt.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5494 Rösti Fragwürdige Unterstützung von Avenir Suisse

Avenir Suisse listet auf der Homepage unter seinen Förderern die Unternehmungen Swisscom, SBB und Swissgrid auf. Was beinhaltet diese Förderung und wenn es sich um finanzielle Mittel handelt, wie hoch sind diese? Erachtet der Bundesrat eine solche Förderung vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit pseudowissenschaftlichen Studien zum Verhältnis der Schweiz zur EU oder zur Agrarpolitik, die völlig an den politischen Mehrheitsverhältnissen vorbeiziehen, als gerechtfertigt?

Antwort:

Swisscom, SBB und Swissgrid setzen sich intensiv mit Zukunftsfragen auseinander, weil neue Technologien und Angebote zu disruptiven Veränderungen im Kommunikations-, Mobilitäts-, Logistik- und Energiebereich führen werden. Avenir Suisse entwickelt Ideen für die Zukunft der Schweiz und gibt so Impulse für die Entwicklung zukunftsfähiger Unternehmensstrategien. Aus diesem Grund unterstützen Swisscom, SBB und Swissgrid die Stiftung Avenir Suisse mit Beiträgen von 50'000 Franken, 60'000 respektive 20'000 Franken (2017). Kooperationen dieser Art liegen in der Zuständigkeit und im Ermessen der Unternehmensführung.

Avenir Suisse forscht und publiziert unabhängig. Die Meinung von Avenir Suisse muss nicht mit der Haltung von Swisscom, SBB und Swissgrid übereinstimmen.



Fragestunde vom 17. September 2018

Frage 18.5496 Wüthrich

Gilt die Meinungsäusserungsfreiheit auch für die Mitarbeitenden des SRF-Radiostudios Bern?

Die vom diskutierten Teil-Umzug des SRG-Radiostudios Bern betroffenen Mitarbeitenden haben sich als Staatsbürger gegen die Pläne der SRG-Spitze engagiert. Der Druck der SRG-Spitze sich politisch nicht für das Radiostudio Bern einzusetzen, hat in letzter Zeit offenbar enorm zugenommen, obwohl noch kein Entscheid vorliegt. Wenn sich die SRF-Mitarbeitenden in ihrer Freizeit gegen die (noch nicht beschlossene) Strategie ihrer Leitung stellen, gelten die politischen Grundrechte für sie dann nicht?

Antwort:

Die Grundrechte wie die Meinungsäusserungsfreiheit gelten natürlich auch im Arbeitsverhältnis, allerdings nicht unbeschränkt. Nach Obligationenrecht darf die Ausübung der Meinungsfreiheit weder die Zusammenarbeit im Betrieb beeinträchtigen noch eine Pflicht aus dem Arbeitsverhältnis verletzen. Der Umfang der arbeitsrechtlichen Treuepflicht hängt von der konkreten Funktion ab. Die SRG kennt denn auch betriebsinterne Vorschriften für politische Aktivitäten von publizistisch tätigen Personen.

Wie weit sich private Stellungnahmen oder Aktionen von SRG-Mitarbeitenden zum erwogenen Teil-Umzug des Radiostudios Bern nach Zürich mit den rechtlichen und den betrieblichen Vorgaben vereinbaren lassen, ist im Einzelfall abzuklären. Es ist nicht Sache des Bundesrates, darüber zu entscheiden.